

Legitimation, Repression und Kooptation in der DDR

Grashoff, Udo

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Grashoff, U. (2012). Legitimation, Repression und Kooptation in der DDR. *Totalitarismus und Demokratie*, 9(1), 123-146. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-384510>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Legitimation, Repression und Kooptation in der DDR

Udo Grashoff



Dr. Udo Grashoff, geb. 1966 in Halle (Saale), Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Leipzig, Studium der Biochemie, Germanistik, Komparatistik und Geschichte, 2006 Promotion. Derzeit Vorbereitung einer Habilitation.

Abstract

The communist party in the German Democratic Republic claimed governmental legitimacy for being the builder of an antifascist state on the way to communism. The simulation of parliamentarism also played a role and, for a short period of time in the 1960s, the cooptation of technocrats as well. In the 1970s and 1980s the most important part of legitimacy was derived from the welfare policy under Erich Honecker. At no time was the political system stable without a considerable amount of repression. In the Soviet Occupation Zone and the early GDR repression was characterized by Stalinist terror: internment camps, military courts, and harsh punishment. Rigorous repression in 1952/53 and 1960/61 was connected to the attempts to accelerate the socialist revolution (normative legitimacy). From 1949 to 1989 a gradual mitigation of repression took place, but not steadily. Relaxation in the watersheds such as in 1956, 1963, and 1971 came to a halt in 1960, 1965, and 1976 ff. Nevertheless, more lenient times of repression brought irreversible mitigations. Especially in the 1970s and 1980s open terror was replaced by less visible forms of repression. Cooptation of non-communists played a marginal role in the history of the GDR. In the early phase it was nothing but a phase-out model. Later on cooptation was by and large a recruitment process under the control of the SED, which generated a rather homogenous elite selected by its fidelity to the socialist state.

I. Legitimation der SED-Herrschaft

1. Normative Herrschaftsrechtfertigung: Kommunismus als Ziel

Grundlegende und für die gesamte Zeit von 1945 bis 1990 gültige Rechtfertigung der Herrschaftsansprüche der SED war die marxistisch-leninistische Ideologie. Die (vermeintliche) Gewissheit eines vereinfachten historischen Materialismus, die historischen Entwicklungsgesetze nicht nur zu kennen, sondern diese als deren Subjekte zu beherrschen, findet sich in allen Entwicklungsphasen der SED-Herrschaft. Daher kann man die DDR zu Recht als Ideokratie bezeichnen. Das als Vollstreckung historischer Gesetze deklarierte Ziel der klassenlosen

Gesellschaft sollte die in der DDR-Verfassung festgeschriebene führende Rolle der SED legitimieren. Offen bekannte sich die SED allerdings erst auf der 2. Parteikonferenz 1952 zum beschleunigten Aufbau des Sozialismus, nachdem die personellen und administrativen Voraussetzungen für eine massive gesellschaftliche Umwälzung längst geschaffen waren. Die folgende Phase war durch eine enge Verschränkung von normativer Legitimierung und verschärfter Repression gekennzeichnet und mündete in dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Nach dessen Niederschlagung blieb das Ziel der Errichtung einer kommunistischen, harmonisierten Gesellschaft bis zum Ende der DDR grundlegend zur Stiftung von Legitimität – wenngleich es zu Modifizierungen kam.

Bereits vor dem Mauerbau lässt sich eine Tendenz der SED-Führung erkennen, technokratisches Fachwissen stärker in politische Entscheidungsprozesse einzubinden, eine Tendenz, die vor allem in den Jahren 1963 bis 1965 offizielle Parteilinie war. Sigrid Meuschel glaubte in der Ergänzung der normativen Legitimierung durch technokratische Ideologie eine neue Legitimationsstrategie zu erkennen. Allerdings fungierten die technokratischen Elemente eher als „verdeckte“ Legitimierung, ein offener Revisionismus konnte sich unmittelbar am „Eisernen Vorhang“ nicht etablieren. Es zog sich auch insgesamt gesehen eine Tendenz der Legitimation durch Reform, eine Rechtfertigung der eigenen Herrschaft als Einheit von Kontinuität und Wandel durch die Geschichte des SED-Staats: Vom „Neuen Kurs“ 1953 über die „Neue Ökonomische Politik“ in den 1960er Jahren bis hin zur Sozialpolitik in den 1970er Jahren und dem „Sozialismus in den Farben der DDR“ Ende der 1980er Jahre.

In der Ära Honecker (1971–1989) dominierte eine stärker gegenwartsorientierte und weniger auf einen utopischen Kommunismus als auf die reale sozialistische Gesellschaft bezogene sozialpolitische Legitimation, die jedoch „Teile der Utopie – soziale Gerechtigkeit, Homogenität und Sicherheit – in die Gegenwart hinein“¹ nahm. Das gesellschaftliche Harmonie-Ideal korrespondierte mit Werten wie Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität.²

Wie stark sich kommunistische Ideen in der DDR verankert hatten, zeigte noch der Herbst 1989, als weite Teile der sich formierenden Opposition, welche die Friedliche Revolution des Herbstes 1989 in Gang setzten, der Idee einer sozialistischen Gesellschaft als Alternative zum westlichen Kapitalismus verhaftet blieben.³

Die normative utopische Rechtfertigung, die Kommunisten das Gefühl gab, für eine gute, wenn nicht die beste Sache der Welt zu arbeiten und zu kämpfen, kann als Grundmerkmal aller kommunistischen Diktaturen gelten, wenngleich nicht nur in der DDR Grund zu der Annahme besteht, dass überzeugte Kommunisten stets in der Minderheit waren. Und so kamen im Zusammenhang mit der

1 Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR*, Frankfurt a. M. 1992, S. 26.

2 Vgl. ebd., S. 23.

3 Vgl. Christof Geisel, *Auf der Suche nach einem dritten Weg. Das politische Selbstverständnis der DDR-Opposition in den 1980er Jahren*, Berlin 2005, S. 228–239.

konkreten historischen Entwicklung der „Sowjetischen Besatzungszone“ (SBZ) bzw. der DDR spezifische Legitimierungsstrategien hinzu.

2. Mehrparteiensystem

Bereits wenige Wochen nach Kriegsende wurden in der SBZ mehrere Parteien zugelassen. Im Jahr 1946 fanden Wahlen statt, anschließend kam es zur Bildung von Volksvertretungen auf Landesebene mit bemerkenswerten personellen Anteilen bürgerlicher Politiker. Der Sozialistischen Einheitspartei (SED), die aus der im Frühjahr 1946 erfolgten Vereinigung von kommunistischer und sozialdemokratischer Partei hervorgegangen war – der oft gebrauchte Begriff „Zwangsvereinigung“ wird „den historischen Tatsachen nicht völlig gerecht“⁴ – standen mit der „Christlich Demokratischen Union“ (CDU) und der „Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands“ (LDPD) zwei bürgerliche Parteien gegenüber, die bei den relativ freien Wahlen im Oktober 1946 in zwei Landtagen (Sachsen-Anhalt und Brandenburg) sogar die Mehrzahl der Sitze erringen konnten.⁵

Die sukzessive Errichtung einer kommunistischen Parteidiktatur begann also mit einer relativ demokratischen Phase. Autoren wie Karl Wilhelm Fricke erblickten darin lediglich eine taktische Verschleierung der schleichenden Diktaturdurchsetzung durch die Kommunisten. In der Tat besetzte die SED, auch mithilfe des Drucks der Sowjetischen Militäradministration (SMAD), entscheidende Schlüsselpositionen und nutzte das bereits zu Beginn der Parteienzulassung von der Besatzungsmacht verordnete Konsensgebot aus, um Politiker aus bürgerlichen Parteien mit Hilfe der SMAD unter Druck zu setzen.⁶

Diese Interpretation als bloßes Täuschungsmanöver der Kommunisten blieb nicht unumstritten. Wilfried Loth zum Beispiel verwies auf Quellen aus dem unmittelbaren Umfeld Stalins, die eine differenziertere Einschätzung nahelegen. Zwar ist es unstrittig, dass Walter Ulbricht fest entschlossen war, möglichst rasch entscheidende Posten der Staatsgewalt in die Hand zu bekommen. Das von Wolfgang Leonhard überlieferte Diktum „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“ kennzeichnete durchaus die Intention der SED-Spitze. Stalin bremste aber die revolutionäre Ungeduld der deutschen Kommunisten mehrfach und hielt noch Ende 1948 den von der SED-Führung eingeschlagenen Kurs zur Errichtung einer „Volksdemokratie“ für verfrüht.⁷

4 Günther Heydemann, Die Innenpolitik der DDR, München 2003, S. 72.

5 Vgl. Manfred Koch, Landtage. In: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, München 1990, S. 329–348, hier 330.

6 Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation, Köln 1979, S. 41.

7 Vgl. Wilfried Loth, Walter Ulbricht und die Revolution in Deutschland. In: Detlev Brunner/Mario Niemann (Hg.), Die DDR – eine deutsche Geschichte. Wirkung und Wahrnehmung, Paderborn 2011, S. 85–101.

So muss man, wenngleich die Chancen einer alternativen Entwicklung gering waren, für die Jahre 1946/47 eine gewisse Offenheit und Ambivalenz einräumen.

Im Jahr 1948 kam es jedoch im Kontext des offen ausgebrochenen „Kalten Krieges“ zu einer umfassenden und irreversiblen Aushöhlung des parlamentarischen Systems der SBZ. Es wurden zwei Satellitenparteien – die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) und die Deutsche Bauernpartei (DBD) – gegründet, die kommunalen Selbstverwaltungen mussten Entscheidungskompetenzen an zentrale Instanzen abgeben.⁸ Parallel wurden Institutionen der Interessenvertretung im wirtschaftlichen Bereich wie die Betriebsräte und die Industrie- und Handelskammern zu Hilfsorganisationen der SED-Politik umgewandelt.⁹

Wie sehr sich inszenierte Demokratie und Diktaturdurchsetzung miteinander verzahnten, illustriert die Volkskongress-Bewegung, die als eine Art „gesamt-deutsches Vorparlament“ im Kontrast zum parlamentarischen Rat in den Westzonen entstand, sich aber immer mehr zu einer Protostruktur der DDR-Volkskammer entwickelte. Diese konstituierte sich schließlich am 7. Oktober 1949 und verkörperte als nahezu machtloses Akklamationsorgan sichtbar den „Scheinparlamentarismus“¹⁰ der DDR. Dieser war mit den sogenannten Volkswahlen im Jahr 1950, die unter massiven politischen Repressionen stattfanden, endgültig etabliert. Fortan fanden Wahlen, bei denen es nichts zu wählen gab, als bloße Farce statt.

Das Mehrparteiensystem war in der DDR kaum mehr als ein Relikt, zumal die SED den westlichen Parlamentarismus als Verschleierung der Herrschaft des Kapitals ablehnte und sich klar zum „demokratischen Zentralismus“ bekannte. Man könnte fragen, wieso die SED das Mehrparteiensystem überhaupt beibehalten hat. Die Antwort lautet: Einerseits machte sie in erkennbarem Bezug zur Bundesrepublik deutlich, dass auch für die DDR Volksherrschaft als Kriterium für legitime Herrschaft galt. Das politische System der DDR deklarierte man dabei als „wahre Demokratie“. Andererseits stellten Wahlen eines der zahlreichen Akklamationsrituale dar – von Massendemonstrationen am 1. Mai über Pioniertreffen, „Turn- und Sportfeste“ bis hin zu SED-Parteitag –, waren also Teil eines wirklichkeitskonstruktiven Prozesses,¹¹ der eine Einheit von Parteiführung und Volk simulierte. Massenmobilisierung im Zuge von Scheindemokratie kann zumindest teilweise als Vorgang angesehen werden, der – vor allem bei der

8 Vgl. Thomas Großbölting, *SED-Diktatur und Gesellschaft. Bürgertum, Bürgerlichkeit und Entbürgerlichung in Magdeburg und Halle*, Halle 2001, S. 62 f.

9 Vgl. ebd., S. 423.

10 Heydemann, *Innenpolitik*, S. 70.

11 Vgl. den Beitrag von Werner J. Patzelt, *Legitimation, Kooptation und Repression in Ideokratien aus der Perspektive des Evolutorischen Institutionalismus*. In: Uwe Backes/Steffen Kailitz (Hg.), *Ideokratien im Vergleich. Wechselbeziehungen zwischen Legitimation, Kooptation und Repression*, Göttingen 2012 (in Vorbereitung).

Jugend – Legitimitätsglauben stiftete bzw. bei dem sich Loyalität zu Legitimitätsglauben wandelte.

Die Existenz von Blockparteien erfüllte aber nicht nur eine Transmissionsfunktion, indem der Wille der SED-Führung auf nicht direkt erreichbare Bevölkerungsschichten übertragen werden konnte, sondern auch eine Alibifunktion, weil sie nichtkommunistischen DDR-Bürgern politische Aktivität ermöglichte, ohne dass diese ihre Gesinnung verleugnen mussten.¹²

3. Antifaschismus

Antifaschismus – so die Übereinkunft aller politischen Kräfte in der SBZ – sollte die verbindliche moralische Basis eines wieder aufgebauten deutschen Staates sein. Geschichte sollte sich nicht wiederholen, von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen. Das entsprach auch dem im „Potsdamer Abkommen“ festgelegten Willen der Alliierten.

Zugleich diente Antifaschismus aber auch der Legitimierung des Zugriffs der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) bzw. der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED), die sich in der Nachkriegszeit in einer Minderheitenposition befanden, auf die Schaltstellen der politischen Macht – und das sowohl gegenüber den Resten der alten Eliten als auch gegenüber der politischen Konkurrenz. Zur antifaschistischen Legitimierung wurde dabei auf die eigene Widerstandsgeschichte mit hohen Opferzahlen verwiesen. Die innen- wie außenpolitisch wirksame Instrumentalisierungstendenz verstärkte sich Anfang der 1950er Jahre im Funktionswandel des Antifaschismus von der pluralen Erinnerung zur zentralen Legitimationsinstanz der DDR.¹³ An die Stelle der Selbstorganisation der Betroffenen trat ein vom Staat „verordneter Antifaschismus“ – eine Erinnerungspolitik, die humanistische Werte mit diktatorischem Kontrollanspruch verband.

Im Zuge der Selbststilisierung der DDR als „besserer, weil konsequent antifaschistischer Staat“ diente Antifaschismus als Integrationsangebot für die Mehrheit der Bevölkerung, die sich keiner Verbrechen schuldig gemacht, aber trotzdem den Nationalsozialismus unterstützt hatte: „Der Gründungsmythos der DDR machte einen Großteil der Menschen moralpolitisch abhängig, insofern er die Entlastung ihres Gewissens mit der staatlichen Existenz der DDR ver-

12 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), *Parteien in beiden deutschen Staaten*, 4. Auflage Bonn 1983, S. 53 f.

13 Vgl. Jürgen Danyel, *DDR-Antifaschismus: Rückblick auf zehn Jahre Diskussion, offene Fragen und Forschungsperspektiven*. In: Annette Leo/Peter Reif-Spirek (Hg.), *Vieltimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus*, Berlin 2001, S. 7–19, hier 14.

band.“¹⁴ Das Angebot wurde häufig angenommen und verband sich mit einer „verbreiteten Aufbruchmentalität“.¹⁵

Nach außen diente der Antifaschismus dem SED-Staat vor allem in den 1950er und 1960er Jahren als Legitimierungsstrategie gegenüber der Bundesrepublik. Im Antifaschismus vermischte sich nachvollziehbarer Schrecken über das Wiedererstarken der alten Machteliten in der Bundesrepublik mit der von Georgi Dimitroff 1935 formulierten kommunistischen Faschismus-Definition, wonach Faschismus „die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“¹⁶ darstellte. Die schrittweise Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln in der SBZ/DDR bedeutete im Kontext der kommunistischen Ideologie die Beseitigung der ökonomischen Wurzeln des Faschismus. Im Kern erschienen damit Antifaschismus und Kommunismus als identisch.

In innenpolitischer Hinsicht bot der Faschismusvorwurf eine „Macht- und Herrschaftsressource“¹⁷ der SED. Dies kam zum Beispiel in der Diffamierung des Volksaufstands am 17. Juni 1953 als faschistischer Putschversuch zum Ausdruck und erreichte einen makabren Höhepunkt mit der Bezeichnung der Mauer 1961 als „antifaschistischer Schutzwall“. Allerdings lässt sich die Legitimierungsfunktion des Antifaschismus in der DDR nicht auf die Instrumentalisierung durch die SED reduzieren. Zeitweise bestand eine enge Verbindung mit kulturellen Werten des bürgerlichen Humanismus.¹⁸ Die identitätsstiftende Wirkung des Antifaschismus rührte auch daher, dass ihn die SED

1. mit nationaler Propaganda zu verbinden suchte und in eine historische Traditionslinie stellte, die von den Bauernkriegen im 16. Jahrhundert über die gescheiterten Revolutionen von 1848 und 1918 bis in die Gegenwart reichte, und
2. dass Antifaschismus mit kulturellen Wertsetzungen verbunden wurde: Weimarer Klassik und Sozialistischer Realismus statt Dekadenz und Formalismus.¹⁹

Diese Berufung auf die „guten“ und „gesunden“ nationalen Tendenzen ist ein wichtiger Grund dafür, dass Antifaschismus der „primäre, identitätsstiftende Gründungsmythos“²⁰ der DDR werden konnte und große Teile der Intelligenz und der Künstler an die DDR band, deren literarische und filmische Werke auch

14 Herfried Münkler, Antifaschismus als Gründungsmythos der DDR. Abgrenzungsinstrument nach Westen und Herrschaftsmittel nach innen. In: Manfred Agethen u. a. (Hg.), *Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken*, Freiburg i. Brsg. 2002, S. 79–99, hier 87.

15 Heydemann, *Innenpolitik*, S. 14.

16 Zitiert nach: *Kleines Politisches Wörterbuch*, Berlin (Ost) 1973, S. 229.

17 Münkler, *Antifaschismus*, S. 87.

18 Vgl. Meuschel, *Legitimation*, S. 25.

19 Vgl. ebd., S. 79 f.

20 Falco Werkentin, *Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht*, Berlin 1995, S. 168.

in der Bundesrepublik rezipiert wurden, wo sich nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst eine Praxis des kollektiven Beschweigens der NS-Vergangenheit herausgebildet hatte.

Lange Zeit bezogen führende SED-Funktionäre, nicht zuletzt Erich Honecker, eine gewisse Wertschätzung und Legitimation aus ihrer Beteiligung am antifaschistischen Widerstand.²¹ Ebenso galt das übrigens auch für den Dissidenten Robert Havemann, den man aufgrund seiner antifaschistischen Biographie nicht einzusperren wagte.

Bis zum Ende der DDR gehörte Antifaschismus zu den Werten, die Loyalität gegenüber dem Staat begründeten,²² wenngleich „die Bindekraft der propagierten antifaschistischen Wertvorstellungen“²³ in den 1980er Jahren deutlich nachließ.

4. Legitimierung durch Performanz: Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die unter Erich Honecker auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 eingeleitete sozialpolitische Wende in der DDR kann als Übergang von normativer zu funktionaler Legitimierung angesehen werden.²⁴ Der durch zahlreiche sozialpolitische Maßnahmen gekennzeichnete diktatorische Wohlfahrtsstaat in der Ära Honecker (1971–1989) war zugleich durch den fieberhaften Versuch gekennzeichnet, sich durch ökonomischen Erfolg zu legitimieren. Davon zeugte die tägliche Planerfüllungs-Kampf-Show ab 19:30 Uhr in der „Aktuellen Kamera“ ebenso wie das sich hartnäckig haltende Gerücht, die DDR gehöre zu den zehn führenden Industrienationen der Welt. Nur so konnte aus Sicht der SED die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ erreicht werden. In offiziellen Parteitagstexten wurde darunter die immer bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung aufgrund steigender Wirtschaftsleistung verstanden. In der politischen Praxis aber wurde die Relation umgekehrt, die SED gewährte weitreichende Sozialleistungen in der Hoffnung, dadurch die Leistungsbereitschaft zu stimulieren – mit den bekannten Folgen.²⁵

21 Vgl. Münkler, Antifaschismus, S. 97.

22 Vgl. Jürgen Danyel, Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten. In: Peter Hübner (Hg.), Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 67–85.

23 Danyel, DDR-Antifaschismus, S. 18.

24 Vgl. Christoph Boyer, Die Sozial- und Konsumpolitik der DDR in den sechziger Jahren in theoretischer Perspektive. In: ders. u. a. (Hg.), Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR, Dresden 1999, S. 37–48; vgl. auch Beate Ihme-Tuchel, Die DDR, Darmstadt 2002, S. 71–73.

25 Vgl. André Steiner, Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang. Zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR. In: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hg.), Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 153–192, hier 155 f.

Auch die auf maximale Medaillen-Ausbeute zielende Förderung des DDR-Leistungssports, der Flug von Sigmund Jähn ins All, die Versuche, bei der Produktion von Mikrotechnologie mit dem Weltniveau mitzuhalten und andere Prestigeprojekte können als Ausdruck des Strebens der SED aufgefasst werden, ihre Herrschaft durch Performanz zu legitimieren.

Weil die SED-Führung im Zweifelsfall politische Ziele immer vor ökonomische Rücksichten stellte, konnte die SED – das kann als Forschungskonsens gelten – vor allem durch das Garantieren sozialer Sicherheit in der DDR deutlich länger Legitimität stiften als etwa die Kommunisten in Ungarn oder Polen.²⁶ Das zeigte sich selbst noch in temporären Versorgungskrisen in der DDR; die in diesen Situationen in Eingaben geäußerte Kritik kann als Beleg für den intakten impliziten „Gesellschaftsvertrag“²⁷ – soziale Sicherheit und Wohlstand gegen politische Loyalität und funktionsgerechte Mitwirkung – gewertet werden: Das murrende Volk mahnte die SED, ihre Wohlstandsversprechen zu erfüllen, ohne dass damit die Herrschaft der SED an sich in Frage gestellt worden wäre.

Bereits in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre jedoch, als sich abzuzeichnen begann, dass die SED den Lebensstandard nicht wie versprochen steigern konnte, deutete sich auch schon die „Janusköpfigkeit der sozialpolitischen Stabilisierungsstrategie“²⁸ an: Seit dem 17. Juni 1953 war der SED klar, dass jeder zusätzliche Leistungszwang die Legitimität gefährdete, „der Verzicht auf ihn tat es über den Verlust wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit aber ebenso“.²⁹ Die Unzufriedenheit nahm zu, zehntausende Einwohner der DDR stellten Ausreiseanträge. Etwa die Hälfte der in die Bundesrepublik Übergesiedelten gab bei einer Befragung materielle Unzufriedenheit als einen wesentlichen Grund zur Ausreise an.³⁰ Wie das rasche Ende der DDR im Jahr 1990 zeigte, erwiesen sich die „sozialen Errungenschaften“ als zu schwache herrschaftslegitimierende Stützpfeiler,³¹ nachdem der wichtigste Repressionsmechanismus – die „Mauer“ – gefallen war.

26 Vgl. Meuschel, Legitimation, S. 9.

27 Gerd Meyer, Gesellschaftliche Widersprüche und demokratischer Aufbruch in der DDR. In: Andrea Pabst/Catharina Schultheiß/Peter Bohley (Hg.), *Wir sind das Volk? Ostdeutsche Bürgerrechtsbewegungen und die Wende*, Tübingen 2001, S. 9–30, hier 14.

28 Peter Skyba, „An sich müssten wir Pleite anmelden.“, Konfliktlinien in den Entscheidungen der SED-Spitze zur Sozialpolitik in den siebziger Jahren. In: Horch und Guck, 20 (2011) 73, S. 8–13, hier 13.

29 Steiner, Konsumversprechen, S. 158.

30 Richard Hilmer, „Übersiedler aus der DDR“ (Tabellen). In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band VII/1, Baden-Baden 1995, S. 430–449, hier 446.

31 Vgl. Hans Günther Hockerts, Soziale Errungenschaften? Zum sozialpolitischen Legitimitätsanspruch der zweiten deutschen Diktatur. In: Jürgen Kocka/Hans-Jürgen Puhle/Klaus Tenfelde (Hg.), *Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat*. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München 1994, S. 790–804.

5. Weitere Legitimierungsstrategien der SED

Neben den bereits genannten Strategien trug auch mehr oder weniger selbstloser Internationalismus zum Selbstbild als „besserer deutscher Staat“ bei. Moralische Legitimität bezog die DDR insbesondere in der Ära Honecker nicht nur aus internationaler Solidarität gegenüber Angola, Mozambique und Nicaragua. Wohl die größte Wirkung erzielte die Gewährung politischen Asyls für mehrere tausend Emigranten aus Chile, deren Leben während der Pinochet-Diktatur in Gefahr war.

Als sehr später Versuch der Herrschaftsrechtfertigung können schließlich die Bestrebungen der DDR aufgefasst werden, in den letzten beiden Jahren ihres Bestehens rechtsstaatliche Elemente einzuführen, wodurch erstmals ein juristisches Vorgehen gegen staatliche Entscheidungen möglich wurde. So wurde eine 2. Kammer als Appellationsinstanz beim Obersten Gericht der DDR eingeführt und ein Gesetz zur Einführung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit erlassen, das jedoch erst im Sommer 1989 in Kraft trat. Aber auch diese Versuche blieben halbherzig; das Recht blieb „der Politik der Partei untergeordnet“.³²

II. Repression

1. Verschränkung der Repressionsmaßnahmen von Besatzungsmacht und SED

Politische Willkür und Terror gingen in der SBZ zunächst von der sowjetischen Besatzungsmacht aus, wobei sich legitime Ahndung von Kriegsverbrechen und Repression zur Herrschaftssicherung überlagerten. Von den alliierten Siegermächten gemeinsam konzipierte Repressionsinstrumente wie die Internierungslager oder bestimmte Gesetze wurden in der SBZ überdehnt bzw. missbraucht.

Ziel der Internierung in Speziallagern war einzig die Isolation als politische Prophylaxe. Die hohe Todesrate in den Lagern – knapp ein Drittel der insgesamt ca. 150 000 deutschen Speziallager-Häftlinge überlebte die Haft nicht – war die Folge der schlechten Haftbedingungen. Ein Vernichtungsziel der sowjetischen Besatzer ist nicht nachweisbar.³³

Nach mehreren Entlassungswellen bildeten 1950 die Waldheimer Prozesse den Abschluss der Internierung. In Schnellverfahren wurden die letzten ca. 3 400 Lagerinsassen von der DDR-Justiz abgeurteilt. Die Bemühungen um eine möglichst rasche Abwicklung bei gleichzeitiger schematischer Übernahme sowjetischer Vorgaben kennzeichneten die Waldheimer Prozesse als erste große

32 Johannes Raschka, *Justizpolitik im SED-Staat. Anpassung und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers*, Köln 2000, S. 260.

33 Vgl. Bettina Greiner, *Verdrängter Terror. Geschichte und Wahrnehmung sowjetischer Speziallager in Deutschland*, Hamburg 2010, S. 13.

„Bewährungsprobe“ der DDR-Justiz gegenüber der Besatzungsmacht, die noch bis 1955 eigene Militärtribunale gegen Deutsche in der DDR durchführte.

Mit den „Sowjetischen Militärtribunalen“ (SMT) verfügte die Besatzungsmacht über ein zweites wichtiges Repressionsinstrument. Als „Faustregel“ für das zweigleisige Vorgehen der sowjetischen Besatzungsmacht kann gelten: Der Verhaftungsgrund für eine Internierung im Speziallager bezog sich meist auf die NS-Vergangenheit, während Tribunale gegen deutsche Zivilisten³⁴ größtenteils Delikte in der Gegenwart verfolgten.³⁵

In den Jahren 1945 bis 1955 wurden etwa 35 000 deutsche Zivilisten durch SMT verurteilt. Dass es sich hierbei um „justiziellen Terror zur Herrschaftssicherung“³⁶ handelte, zeigt sich allein darin, dass 72 Prozent der Urteile wegen „konterrevolutionärer Verbrechen“ wie Spionage, Sabotage oder Mitgliedschaft in Untergrundorganisationen erfolgten. Auch in Delikten wie Waffenbesitz, Diebstahl oder illegalem Überschreiten der Demarkationslinie sahen die Besatzer „konterrevolutionäre“ Absichten – somit blieben kaum unpolitische Straftaten übrig. Die verhängten Strafen – oft zehn oder 25 Jahre Haft, aber auch fast 2 000 Todesurteile – resultierten aus der holzschnittartigen Übertragung sowjetischer Normen auf den Besatzungsalltag in Deutschland und verdeutlichten die Unerbittlichkeit der Verfolgung.³⁷ Neuere Forschungen unterstreichen zugleich, dass SMT erst ab 1948 in verstärktem Maß der Diktaturdurchsetzung dienten, was sich in einer größeren Zahl von Urteilen und härteren Strafen äußerte.³⁸

Von Anfang an wurden die sowjetischen Verfolgungsorgane von deutschen Hilfspolizisten unterstützt. Spätestens bei Gründung der DDR wurde eine formelle Arbeitsteilung festgelegt.³⁹ Noch in der ersten Hälfte der 1950er Jahre lag der Schwerpunkt der politischen Repression bei den Besatzern. Beispielsweise sind für die Jahre 1950 bis 1955 anhand von Gnadengesuchen 1 150 Todesurteile von SMT gegen Deutsche nachweisbar; DDR-Gerichte verhängten in dieser Zeit lediglich 160 Todesurteile, von denen ca. 100 vollstreckt wurden.⁴⁰

34 Die SMT gegen Kriegsgefangene werden hier ausgeklammert.

35 Vgl. Greiner, *Verdrängter Terror*, S. 131.

36 Fricke, *Politik*, S. 55.

37 Vgl. Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Ute Schmidt (Hg.), *Sowjetische Militärtribunale*, Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955, Köln 2003, S. 21–24.

38 Vgl. Klaus-Dieter Müller, *Bürokratischer Terror. Justitielle und außerjustitielle Verfolgungsmaßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht 1945–1956*. In: Roger Engelmann/Clemens Vollnhals (Hg.), *Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR*, Berlin 2000, S. 59–92, hier Tabelle S. 87.

39 Vgl. ebd., S. 60.

40 Vgl. Andreas Hilger/Nikita Petrov, „Erledigung der Schmutzarbeit“? Die sowjetischen Justiz- und Sicherungsapparate in Deutschland. In: ders. u. a. (Hg.), *Sowjetische Militärtribunale*, Band 2, S. 59–152; Falco Werkentin, „Souverän ist, wer über den Tod entscheidet“. Die SED-Führung als Richter und Gnadeninstanz bei Todesurteilen. In: Engelmann/Vollnhals, *Justiz*, S. 181–204.

2. Repression in der Konsolidierungsphase der DDR (bis 1962)

Mit dem offenen Bekenntnis der SED zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus auf der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 begann eine knapp einjährige Phase verschärfter Repression. Diese richtete sich zum einen gegen „objektive Feinde“. Es kam in verschiedenen Regionen der DDR zu militanten Enteignungsaktionen gegen den Mittelstand, zudem gab es erste Ansätze zur Zwangskollektivierung der Landwirtschaft. An der „grünen Grenze“ zwischen Bundesrepublik und DDR wurden vermeintlich „unsichere“ Bewohner in einer stabsmäßig durchgeführten Aktion zwangsausgesiedelt. Im Zuge eines offenen „Kirchenkampfes“ wurden staatskritische Pfarrer verhaftet und die „Junge Gemeinde“ kriminalisiert.

Zum anderen richtete sich die verschärfte Repression auch gegen die „kleinen Leute“ – insbesondere das „Gesetz zum Schutz des Volkseigentums“ sollte bei den Arbeitern ein sozialistisches Eigentümerbewusstsein mit harten Strafen durchsetzen.⁴¹

Nachdem die SED die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz auf Druck Moskaus revidiert hatte, kam es zum Volksaufstand am 17. Juni 1953. In der Niederschlagung der Revolte zeigte sich noch einmal die eingeschränkte Souveränität der DDR, die an diesem Tag nur durch das Eingreifen sowjetischer Panzer bei gleichzeitiger Passivität der Westmächte gerettet wurde. Die Folgezeit war durch strafpolitisch widersprüchliche Tendenzen gekennzeichnet. Zum einen wurde der am 9. Juni 1953 beschlossene „Neue Kurs“ realisiert, was zur Überprüfung von Urteilen und zur vorzeitigen Entlassung von ca. 24 000 Häftlingen führte. Gleichzeitig wurden 1240 Teilnehmer der Demonstrationen verurteilt. Das waren zwar lediglich 16 Prozent der im Zusammenhang mit dem Aufstand Verhafteten.⁴² Nahezu 42 Prozent der Verurteilten kamen mit einer Haftstrafe unter einem Jahr davon. Einige „Rädelsführer“ erhielten jedoch harte Strafen. Nichtsdestotrotz bewertet Werkentin das Ausmaß an Repression, gemessen an der vorherigen Urteilspraxis in politischen Strafverfahren in der DDR, als „ungewöhnlich zurückhaltend“.⁴³

Zugleich reagierte die SED auf den Aufstand mit der Gründung von Betriebskampfgruppen, die als paramilitärische Einheiten einen Vorposten der Diktatur in den Betrieben bildeten; komplementär zur nur exemplarischen Bestrafung von Einzelpersonen erfolgte also ein Ausbau der strukturellen Repression.

Zu den Terrorakten der stalinistischen Phase der DDR zählen auch mehrere hundert Entführungen von Menschen aus Westberlin auf das Gebiet der DDR. Zumeist wurde das von bezahlten Kriminellen im Auftrag des „Ministerium für Staatssicherheit“ (MfS) durchgeführt. Opfer der Entführungen waren z. B. Mit-

41 Vgl. Werkentin, Politische Strafjustiz, S. 51.

42 Vgl. ebd., S. 158 f.

43 Vgl. ebd., S. 162.

arbeiter gegnerischer Geheimdienste, Regimekritiker sowie „Verräter“ aus den eigenen Reihen.⁴⁴

Charakteristisch für die frühen Jahre der DDR ist auch die harte Verfolgung von Wirtschaftsvergehen. Noch Mitte der 1950er Jahre lag die Zahl der wegen „Wirtschaftsverbrechen“ Inhaftierten in der DDR stets über 5 000 – nach Werkentin ist ein erheblicher Teil als politische Häftlinge anzusehen.⁴⁵

Eine entscheidende Zäsur für die politische Strafjustiz stellte 1956/57 dar. Bis zur Entstalinisierung auf der 3. Parteikonferenz der SED im März 1956 „hatte die Partei jede Straftat, da gegen die sozialistische Ordnung gerichtet, als Ausdruck einer ‚feindlichen‘ Haltung bzw. vom ‚Klassenfeind‘ inspiriert gewertet.“ Nun unterschied das Strafrechtsergänzungsgesetz von 1957 zwischen „Staatsverbrechern“ und anderen Straftätern.⁴⁶

Eine Phase erneut verschärfter Repression bis hin zum Terror stellte die Zwangskollektivierung im Jahr 1960 dar, als aus ideologischen Motiven binnen weniger Wochen alle noch privat wirtschaftenden Bauern in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften gezwungen wurden. Darin lag auch eine der Ursachen für das rasante Anwachsen der Flüchtlingszahlen im gleichen Jahr.

Der „Mauerbau“, also die endgültige Schließung der deutsch-deutschen Grenze in Berlin und die nachfolgende Errichtung eines tödlichen Grenzregimes muss als größter repressiver Willkürakt in der Geschichte der DDR bezeichnet werden. Laut Hope M. Harrison erfolgte die Genehmigung des Mauerbaus auf Drängen Walter Ulbrichts, was das vitale Interesse der SED-Führung an der Mauer unterstreicht.⁴⁷ Weniger die Zahl der Mauertoten – 136 Menschen sind nachweislich an der Berliner Mauer zu Tode gekommen⁴⁸ – als die permanente Existenz der Mauer, prägte als unausweichliche Rand- und Daseinsbedingung das Leben in der DDR.

Unmittelbar nach dem Mauerbau ermunterte „das Politbüro im Schutz einer nunmehr tödlichen Grenze die Genossen in den Staatsorganen und parteiergebenen Massenorganisationen für Monate zu offen terroristischen Praktiken“⁴⁹ gegen widerspenstige Jugendliche, ehemalige Grenzgänger, echte und vermeintliche Arbeitsbummelanten. Delikte wie Schmähreden gegen das Regime, versuchte Republikflucht oder Empfang von Westradio und -fernsehen wurden hart verfolgt. Falco Werkentin zufolge kamen in dieser kurzen Kampfesphase neue

44 Vgl. Susanne Muhle, Mit „Blitz“ und „Donner“ gegen den Klassenfeind. Kriminelle im speziellen Westeinsatz des Ministeriums für Staatssicherheit. In: dies. u. a. (Hg.), Die DDR im Blick. Ein zeithistorisches Lesebuch, Berlin 2008, S. 159–167.

45 Vgl. Falco Werkentin, Das Ausmaß politischer Strafjustiz in der DDR. In: Ulrich Baumann/Helmut Kury (Hg.), Politisch motivierte Verfolgung: Opfer von SED-Unrecht, Freiburg i. Brsg. 1998, S. 49–74, hier 59–61.

46 Vgl. Raschka, Justizpolitik, S. 36 f.

47 Vgl. Hope M. Harrison, Ulbrichts Mauer, Berlin 2011.

48 Vgl. Hans Hermann Hertle, Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961–1989. Ergebnisse eines Forschungsprojektes. In: Deutschland Archiv, 43 (2010) 4, S. 672–681.

49 Werkentin, Politische Strafjustiz, S. 250 f.

Instrumente sozialistischer Rechtspflege hinzu: das Faustrecht und Arbeitslager nach sowjetischem Vorbild. Zudem kam es nach der endgültigen Schließung der Grenze zu einer zweiten großen Zwangsumsiedlungsaktion im grenznahen Gebiet. Bei der „Aktion Festigung“ mussten mehr als 3 000 Grenzkreisbewohner innerhalb von 48 Stunden ihren Wohnort verlassen.⁵⁰ Die Phase der verschärften Repression in der DDR endete im Frühjahr 1962.

3. Funktionswandel von Repression

War Repression in den ersten Jahren der SBZ/DDR vor allem ein Mittel der Machtdurchsetzung gewesen, erschien sie spätestens ab 1963 eher als begrenzende, den Rahmen setzende Bedingung des „normalen“ Lebens. Terror war, wie Ernst Richert im Jahr 1963 feststellte, „nur als *ultima ratio* in das staatliche Instrumentarium“ der DDR eingebaut: „Die Skala der Funktionen reicht dabei von der am Gemeinwohl orientierten Aufsicht, der tätigen Hilfe mittels ‚operativer Anleitung‘ und ‚unermüdlicher Überzeugungsarbeit‘ seitens der Obrigkeit und der mehr oder weniger pedantischen ‚Kontrolle der Durchführung‘ über die Schaffung einer Atmosphäre der ‚Wachsamkeit‘, der potenziellen Omnipräsenz der sich in Stichproben und statuierten Exempeln zur Geltung bringenden Staatsmacht bis zum direkten Zwang, zur brutalen Gewalt.“⁵¹ Die Einsicht, dass die SED ihre Ziele nur mit, nicht gegen die Massen erreichen konnte, bewirkten die Orientierung der staatlichen Institutionen vor allem auf „Einstimmung, Mitun, Ordnung, bereitwillige Unterwerfung“.⁵²

Nachdem die SED bereits 1960 die Rücknahme der Repressionsgewalt zugunsten einer stärkeren erzieherischen Funktion offiziell verkündet hatte, endete der „bekenkende Terror“ der DDR-Justiz – „das offene Eingeständnis und die entsprechende Legitimation von Justiz-Terror“⁵³ – im Jahr 1963 endgültig. Fortan zeichnete sich die Urteilspraxis der DDR-Justiz durch einen hohen Anteil von Strafen ohne Haft aus. Dieser lag bei 60 bis 70 Prozent. „Es sollte bei minder schweren Verbrechen um die Erziehung der Täter, insbesondere am Arbeitsplatz, und nicht vorrangig um die Ahndung der Straftat gehen.“⁵⁴

Etwa zeitgleich mit der Liberalisierung des Strafrechts und den ebenfalls 1963 begonnenen ökonomischen Reformen in der DDR konnten auch zahlreiche Künstler vorübergehend freier wirken. Das 11. Plenum des Zentralkomitees (ZK) der SED, das als sogenanntes „Kahlschlagplenum“ in die Geschichte ein-

50 Vgl. Inge Bennewitz/Rainer Potratz, Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente, Berlin 2002.

51 Ernst Richert, Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln 1963, S. 232.

52 Ebd., S. 234 f.

53 Werkentin, Ausmaß, S. 71.

54 Raschka, Justizpolitik, S. 43.

ging, bereitete der liberalen Phase der Kulturpolitik Ende 1965 durch zahlreiche Verbote ein jähes Ende.

Gleichzeitig ging politische Repression in den 1960er Jahren sukzessive von der Justiz auf das MfS über, das als „Untersuchungsorgan“ für alle politischen Verfahren zuständig war. Für die 1960er Jahre sind 23 517 Ermittlungsverfahren des MfS nachweisbar, wobei das MfS nicht nur für den Staatsschutz im engeren Sinne, sondern für alle Vorgänge zuständig war, „die in irgendeiner Form die innere Stabilität der SED-Diktatur berührten“⁵⁵ – bis hin zu Fällen schwerer Kriminalität. Insgesamt lag die Zahl der Ermittlungsverfahren des MfS damit deutlich höher als in den 1970er Jahren.

4. Übergang zu weicheen Repressionsmitteln in den 1970er Jahren

Mit der Machtübernahme Erich Honeckers füllten sich die Gefängnisse, was jedoch weniger eine Folge verstärkter Repression politischer Delikte als vielmehr das Resultat einer schärferen Verfolgung bestimmter Formen missliebigen Sozialverhaltens („Asozialität“) war.

Generell war die Strafrechtspraxis in der Ära Honecker milder als in den Jahrzehnten zuvor, allerdings gab es keineswegs einen kontinuierlichen Abbau von Repression.

Zunächst ließ der Wechsel von Ulbricht auf Honecker insbesondere die Künstler aufhorchen. Der neue Parteiführer verkündete, dass es künftig keine Tabus mehr geben müsse, wenn von sozialistischen Positionen aus gearbeitet würde. Die liberalere Phase der DDR-Kulturpolitik währte von 1972 bis 1976. Das Ende markierte die Ausbürgerung des kritischen Liedermachers Wolf Biermann. Mit der erzwungenen Ausreise von Schriftstellern wie Rainer Kunze, dem harten Urteil (acht Jahre Haft) gegen den Dissidenten Rudolf Bahro (der nach einem Jahr in die Bundesrepublik Deutschland entlassen wurde) sowie der Verhängung von Hausarrest gegen den Regimekritiker Robert Havemann demonstrierte die SED-Führung ihr Spektrum repressiver Praktiken gegen prominente Kritiker aus den eigenen Reihen. Generell schreckte die SED vor harten Maßnahmen zurück, wenn dies das internationale Prestige der DDR schädigen konnte. Zugleich wurde gegen Menschen, die auf lokaler Ebene gegen die Biermann-Ausbürgerung protestierten, das politische Strafrecht gnadenlos zur Anwendung gebracht.⁵⁶

Ab Mitte der 1970er Jahre rückte mit den Ausreiseartragstellern eine neue große Gruppe in den Fokus der Staatsorgane. Gegen sie wurde als „Delikt“ das Einfordern der Übersiedlung in ein anderes Land in einigen Strafrechtsparagra-

55 Clemens Vollnhals, „Die Macht ist das Allererste“. Staatssicherheit und Justiz in der Ära Honecker. In: Engelmann (Hg.), Justiz, S. 227–271, hier 245.

56 Vgl. Udo Grashoff, Erhöhter Vorkommnisfall. Aktionen nach der Biermann-Ausbürgerung im Bezirk Halle, Halle 2001.

phen neu formuliert. Zwischen 1977 und 1988 fanden ca. 20 000 Ermittlungsverfahren gegen Ausreiseantragsteller statt. Mit der Anwendung des erweiterten Strafrechts sollte abschreckende Wirkung erzielt werden. Viele Ausreiseantragsteller nahmen jedoch Haftstrafen in Kauf, da sie auf einen Freikauf durch die Bundesregierung hofften.

Als Folge des KSZE-Prozesses kam es im Bereich des Strafvollzugs ab 1977 zu einer Anpassung an internationale Standards. So wurden der verschärfte Vollzug und der strenge Arrest abgeschafft und die Zulässigkeit von „Maßnahmen des unmittelbaren Zwangs“ stark begrenzt.⁵⁷ Das wirkte sich auf die Situation der politischen Häftlinge – neben der bereits seit den 1960er Jahren bestehenden Praxis des Freikaufs durch die Bundesrepublik – positiv aus.

Die bereits seit Mitte der 1960er Jahre stetig gesunkene Zahl politischer Häftlinge blieb ab Mitte der 1970er Jahre auf relativ konstantem Niveau und sank nicht weiter ab.⁵⁸ Eine Zäsur hin zu milderer politischer Justiz kann um 1981/82 ausgemacht werden – sie korrespondierte mit dem beginnenden Ablösungsprozess der DDR von der Sowjetunion, der mit in einer Absenkung der sowjetischen Erdöl-Lieferungen begann.⁵⁹ Im Zuge der dadurch notwendigen stärkeren wirtschaftlichen Hinwendung der DDR zur Bundesrepublik kam es zu einer selbst auferlegten „Zügelung des Verfolgungseifers“.⁶⁰ Man kann jedoch auch in den 1980er Jahren nicht von einem kontinuierlichen Prozess sprechen.

Bereits Mitte der 1970er Jahre erfolgte ein Paradigmenwechsel beim Ministerium für Staatssicherheit von „vornehmlich repressiven hin zu präventiven Maßnahmen“.⁶¹ Die operative Überwachung wurde enorm ausgeweitet, die Strategie der „Zersetzung“ aufgewertet. Der Strategiewechsel war verbunden mit einem massiven Ausbau des Staatssicherheitsdienstes. Allein die Zahl der offiziellen Mitarbeiter stieg von 1971 bis 1989 von 45 000 auf 91 000.⁶² Zugleich griff die Staatsmacht stärker auf Sanktionen unterhalb des Strafrechts zurück. So ermöglichte die 1984 erfolgte Neufassung der Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten das Vorgehen gegen öffentliche Unterschriftensammlungen.⁶³ Beim Umsteuern des MfS auf verdeckte Formen der Repression ist zudem

57 Vgl. Johannes Raschka, Politische Hintergründe des Strafvollzugsgesetzes von 1977. Widersprüche der Rechtspolitik während der Amtszeit Erich Honeckers. In: Leonore Ansorg u. a. (Hg.), „Das Land ist still – noch!“ Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971–1989), Köln 2009, S. 57–72, hier 64 f.

58 Vgl. Annette Weinke, Strafrechtspolitik und Strafrechtspraxis in der Honecker-Ära. In: Ansorg u. a. (Hg.), „Das Land ist still – noch!“, S. 37–55, zit. 45.

59 Vgl. Raschka, Justizpolitik, S. 304 f.

60 Vollnhals, Macht, S. 268.

61 Vgl. Hubertus Knabe, Die feinen Waffen der SED. Nicht strafrechtliche Formen politischer Viktimisierung in der DDR. In: Baumann/Kury (Hg.), Politisch motivierte Verfolgung, S. 303–329.

62 Vgl. Jens Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Berlin 1995, S. 98–101.

63 Vgl. Thomas Klein, Gegenöffentlichkeit. Oppositionelle Wirkungsformen und staatliche Abwehrstrategien in der DDR. In: Ansorg u. a. (Hg.), „Das Land ist still – noch!“, S. 227–248, hier 240–243.

immer zu berücksichtigen, dass diese vor dem Hintergrund einer strafrechtlichen „Drohkulisse“ erfolgten. Somit war es gerade diese Komplementarität, „die den spezifischen Charakter staatlicher Verfolgung im Spätsozialismus ausmachte“. ⁶⁴

Hinsichtlich des Forschungsstands zu Repression in der DDR fällt auf, dass die Forschung vor allem MfS und politische Justiz in den Mittelpunkt gerückt hat. Demgegenüber sind andere Aspekte von Repression in der DDR zu betonen: So existierte in der SED-Diktatur eine analytisch oft nur schwer nachweisbare Zone staatlichen Zwanges, in der legale Maßnahmen und politische Unterdrückung scheinbar nahtlos ineinander übergingen, etwa bei der Psychiatrieeinweisung verhaltensauffälliger Personen vor wichtigen Staatsfeierlichkeiten, ⁶⁵ bei der Zwangsadoption oder der Anwendung des Asozialitäts-Paragrafen.

Auch die biographische Sozialdisziplinierung, die in Kindergarten und Pionierorganisation begann und über die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ), Wehrdienst, allgegenwärtige Akklamationsrituale bis hin zur Zuteilung bzw. Nichtzuteilung von Privilegien führte, ist zu berücksichtigen. Oder der hierarchische, quasi militärische Aufbau nahezu aller Institutionen in der DDR, der Repression im Alltag begünstigte. Ob Zensur künstlerischer Werke, Karriereverhinderung, Reiseverbot – ein breiter Begriff von Repression müsste letztlich auch die „strukturelle Repression“ und das Repressionspotenzial einer Gesellschaft umfassen, „die einer scheinbar harmlosen Maßnahme wie einer Verkehrskontrolle oder einer Aussprache beim Vorgesetzten erst ihre tatsächliche, einschüchternde Wirkung verlieh“. ⁶⁶

III. Kooptation

Während staatliche Repression in der SBZ/DDR sehr gut erforscht ist, spielte das Phänomen der Kooptation – der Einbeziehung von Machtfernen bzw. politisch Indifferenten in politische Entscheidungsgremien – in der bisherigen Erforschung der DDR-Geschichte kaum eine Rolle. Das ist nicht unbedingt ein Desiderat der Forschung, da Kooptation – als riskantester der drei behandelten Aspekte ideokratischer Herrschaft – in der DDR über die ganze Zeit ihres Bestehens hinweg marginal blieb bzw. nur in streng kontrollierter Form erfolgte.

Theoretisch kann Kooptation Machtferner zugleich einen inhaltlichen Transfer in das Machtzentrum bedeuten, wie er etwa im Begriff des „konsultativen

⁶⁴ Weinke, Strafrechtspolitik und Strafrechtspraxis, S. 43.

⁶⁵ Vgl. Sonja Süß, Politisch missbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1999.

⁶⁶ Knabe, Die feinen Waffen der SED, S. 308 f.

Autoritarismus“⁶⁷ zum Ausdruck kommt. Wegen dieses Inputs fremder Ideen kann die Einbindung von „Gegen-Eliten“ Veränderungen bewirken, die von der Spitze der Hierarchie ausgehen. In der DDR allerdings war Kooptation vor allem ein Kennzeichen der Herrschaftsintentionen des Staates, ein Prozess der Integration, der aus Machtfernen und Indifferenten zunehmend in die Herrschaftsverfahren Involvierte machte.⁶⁸

Den allgemein üblichen Weg in die „sozialistischen Dienstklassen“ der DDR verdeutlicht eine Studie von Heike Solga, die auf Interviews basiert. Bereits bei dem massiven sozialen Aufstieg von Söhnen unterprivilegierter Schichten in den Anfangsjahren der SBZ/DDR hat parteitreues Verhalten eine entscheidende Rolle gespielt: „In der Aufbau- und Stabilisierungsphase (bis Mitte/Ende der siebziger Jahre) konnten die Arbeitersöhne über öffentlich bekundetes systemloyales Verhalten (d.h. Parteimitgliedschaft oder Ausübung einer politischen Funktion) Bildungsnachteile beim Zugang zu privilegierten Positionen mit Dienstklassen-Herkunft kompensieren.“⁶⁹ Oberstes Kriterium war in diesem Prozess offenbar nicht die soziale Herkunft. Auch Söhne selbständiger Eltern hatten gute Zugangschancen zu den Dienstklassen, wenn sie systemloyales Verhalten zeigten. Die dadurch entstandene neue sozialistische Elite zeichnete sich somit durch „Homogenität, Verhaltenskonsistenz und Systemkonformität“⁷⁰ aus. In späteren Jahren rekrutierte sie Nachwuchskader zunehmend aus sich selbst. Damit konnte Kooptation kaum Heterogenität erzeugen bzw. Veränderungen auslösen. Dieses allgemeine Bild muss etwas relativiert werden hinsichtlich der Anfangsjahre, als sich kommunistische Funktionäre in einer Minderheitenposition befanden.

1. Kooptation bürgerlicher Eliten in der Nachkriegszeit

Die lokalen „Zusammenbruchsgesellschaften“ des Jahres 1945 waren in der SBZ stark von bürgerlichen und sozialdemokratischen Eliten geprägt. In den Jahren 1946 bis 1948 konnten bürgerliche Politiker in erheblichem Maße an der Macht partizipieren und vor allem im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung ihre in der Weimarer Republik erworbenen Erfahrungen und Kompetenzen zur Geltung bringen.⁷¹ Auch gab es Ansätze zur Wiederherstellung des

67 Peter Christian Ludz, *Parteielite im Wandel*, Köln 1970, S. 324.

68 Das gilt m.E. auch, wenn man einen erweiterten Kooptationsbegriff zugrunde legt. Gelingt das durch staatliche Zuteilungen erkaufte Mitwirken weiter Teile der Bevölkerung, dann mündet die Idee der „Massenkooptation“ in ein Verschwinden der Differenz, und endet in Konformität.

69 Heike Solga, *Klassenlagen und soziale Ungleichheit in der DDR*. In: APuZG, 46 (1996) B 46, S. 18–27, hier 25.

70 Großbölting, *SED-Diktatur und Gesellschaft*, S. 430.

71 Vgl. ebd., S. 62 f.

Rechtsstaats.⁷² Basis der Zusammenarbeit der politischen Akteure bildete der „antifaschistisch-demokratische Grundkonsens“.

Diese Kooperation erwies sich jedoch bald als Auslaufmodell. Bürgerliche Politiker wurden, sofern sie sich nicht der Politik der SED unterwarfen, aus ihren Positionen gedrängt, hunderte von ihnen aus politischen Gründen inhaftiert, einige bezahlten mutiges Widerstehen mit dem Leben. Verhaftungswellen und Schauprozesse trieben viele Mitglieder bürgerlicher Parteien zur Flucht in die Bundesrepublik.

Nach vergeblichem Widerstand und massiven Austritten – die CDU beispielsweise verlor zwischen 1950 und 1956 die Hälfte der Mitglieder⁷³ – wurden CDU und LDPD gemeinsam mit der „Demokratischen Bauernpartei Deutschlands“ (DBD) und der „National-Demokratischen Partei Deutschlands“ (NDPD) zu sogenannten Blockflöten im Einheitskonzert der „Nationalen Front“. Deren festgelegte Proportionen sorgten dafür, dass die SED immer die Mehrheit hatte. Im Staatsapparat bekleideten Funktionäre der Blockparteien hohe (zumeist Stellvertreter-)Posten, stellten auch einige Minister der Regierung und trugen so zum Funktionieren der Diktatur bei. Praktische Folgen hatte Kooptation dieser Art kaum, da es sich zwar nominell um Nichtkommunisten handelte, praktisch jedoch um Politiker, die den Führungsanspruch der SED unumwunden anerkannten und deren Politik mittrugen. Auch Tendenzen der „sukzessiven Entpolitisierung und subkutanen Verweigerung an der Basis“⁷⁴ von CDU und LDPD schlugen sich nicht in einer wirksamen Modifizierung der SED-Politik nieder.

Bereits Ende der 1940er Jahre verloren die ehemaligen Sozialdemokraten in der SED immer mehr an Einfluss. Hatte nach der Vereinigung von KPD und SPD zunächst ein Paritätsprinzip für die Besetzung von Führungspositionen innerhalb der Partei gegolten, so lief dieses Prinzip Ende der 1940er Jahre aus.⁷⁵ Mit der Umwandlung der SED in eine leninistische Partei neuen Typus, die sich als Avantgarde der Arbeitsklasse betrachtete, setzten ab 1948 mehrere Säuberungswellen ein. Die politische Entmündigung der nichtkommunistischen Parteien sowie die parallel erfolgte Entmachtung ehemaliger Sozialdemokraten korrespondierte mit dem Umgang mit den Resten privatwirtschaftlichen Unternehmertums in der DDR. Nachdem Großgrundbesitz und Großbetriebe enteignet und verstaatlicht wurden, existierten teilweise noch längere Zeit kleinere Privatbetriebe in der DDR, deren Umwandlung zurückgestellt, aber spätestens im Jahr 1972 vollzogen wurde. Das zwischenzeitlich von der SED verbal eingeräumte Bündnis mit Kleinunternehmern, so das Urteil von Thomas Großbölting,

72 Vgl. ebd., S. 417.

73 Vgl. Michael Richter, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, Düsseldorf 1991, S. 392.

74 Heydemann, *Innenpolitik*, S. 76.

75 Vgl. Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Göttingen 1982, S. 262.

„blieb immer Propaganda und wurde von der praktisch exerzierten Wirtschaftspolitik konterkariert“.⁷⁶

In den 1950er Jahren bestand eine begrenzte Kooptation alter Eliten an den Universitäten, wo „bürgerliche“ Wissenschaftler noch gebraucht wurden, um Lehre und Forschung zu organisieren, sowie in der Industrie, wo die technische Intelligenz bedeutende Schlüsselstellungen einnahm, was sich im Einzelfall zum Beispiel darin äußerte, dass die bürgerlichen Führungskräfte chemischer Großbetriebe über eine bedeutendere Machtstellung verfügten als die SED-Parteileitung im Betrieb.⁷⁷

Um einen Sonderfall von Kooptation handelt es sich auch bei der Einbeziehung ehemaliger Wehrmachtsangehöriger in den Aufbau der „Nationalen Volksarmee“ (NVA), die 1956 gegründet wurde. Nicht nur zahlreiche niedere Dienstgrade, sondern auch Offiziere und selbst Generäle wirkten an entscheidenden Stellen mit. Das geschah aus pragmatischen Gründen, die Betroffenen wurden als „Nur-Fachleute“ eingesetzt und vom MfS als „Sicherheitsrisiko“ angesehen. In Auswertung des Ungarnaufstandes wurde bereits 1957 das Gros der ehemaligen Wehrmachtsoffiziere wieder aus der NVA entfernt.⁷⁸

Generell kann man die partielle Kooptation bürgerlicher Eliten in Machtstrukturen der SBZ/DDR im ersten Jahrzehnt als Notlösung und Auslaufmodell bezeichnen. Im Verlauf der 1950er Jahre vollzog sich in der DDR ein Prozess der Entbürgerlichung, der beispielsweise im Bereich des Bildungsbürgertums dazu führte, dass „die Aktualisierung und Tradierung des konstitutiven Bildungswissens streng auf die private Sphäre beschränkt“⁷⁹ blieb.

Sicher kann man im Einzelfall fragen, ob es sich lediglich um die „Fortexistenz bildungsbürgerlich geprägter Nischen in der als sozialistisch definierten DDR-Gesellschaft“⁸⁰ handelte, oder ob diese Bereiche nicht doch stärker im SED-Staat integriert (oder: „dialektisch aufgehoben“) waren, wie es etwa das Beispiel der Einbindung der kirchlich geprägten Thomas-Schule und des Thomanerchors als „vorbildlicher Repräsentant“ der DDR nahelegt.

Aber eine Kooptation Machtferner in wirklich entscheidende Führungspositionen des SED-Staats fand nicht statt. Nicht einmal revisionistische Kräfte aus

76 Großbölting, SED-Diktatur, S. 421.

77 Vgl. Georg Wagner-Kyora, Vom „nationalen“ zum „sozialistischen“ Selbst. Zur Erfahrungsgeschichte deutscher Chemiker und Ingenieure im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2009, S. 529–539. Wagner-Kyora spricht für die von ihm untersuchten Führungskräfte in Buna und Leuna für den Zeitraum 1953–65 von einem Übergang „vom autonomen Akademikerkorporatismus zur halbautonomen Synergie mit Doppelhierarchie“. Die Macht wurde zunehmend mit SED-Kreisleitung, Freiem Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) und MfS geteilt.

78 Vgl. Daniel Niemetz, Das feldgraue Erbe. Die Wehrmachtseinflüsse im Militär der SBZ/DDR, Berlin 2006, S. 289–291.

79 Großbölting, SED-Diktatur, S. 424.

80 Christoph Klessmann, Die Beharrungskraft traditioneller Milieus in der DDR. In: Manfred Hettling u. a. (Hg.), Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen, München 1991, S. 146–154, hier 152.

den eigenen Reihen konnten Einfluss erlangen. In dieser Hinsicht waren die 1950er Jahre in der DDR eine Zeit der „ungenutzten Chance“.⁸¹ Weder nach dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 noch nach dem XX. Parteitag der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (KPdSU) 1956 konnten sich Reformkräfte im Führungskreis der SED durchsetzen.

2. Partielite im Wandel?

Ende der 1960er Jahre postulierte Peter Christian Ludz einen Wandel in der Herrschaftsausübung der SED. Den „Vertretern der strategischen Cliquen“, so Ludz, sei eine neue Generation von „institutionalisierter Gegenelite, Parteifachleuten und revisionistischen Ideologen“ gegenübergetreten und habe strukturelle Veränderungen in Gang gesetzt.⁸² Ludz bezog sich auf Reformen im Zuge des „Neuen Ökonomischen Systems“ (NÖS). Auf dem VI. Parteitag hatte die SED Anfang 1963 die programmatische Einbeziehung von Fachleuten in die Politikplanung beschlossen. Zwar handelte es sich bei den von Ludz genannten Exponenten der „Gegenelite“ um SED-Funktionäre. Nichtsdestotrotz stellten diese durch eine technokratisch-rationale Sichtweise zumindest partiell die bisherige utopische Legitimation der Parteiherrschaft in Frage. Zudem fiel diese Tendenz verstärkter Kooptation mit dem endgültigen Ende harter Repression zusammen.⁸³

Indes – die ökonomischen Reformen waren nur begrenzter und experimenteller Natur sowie von temporärer Dauer. Bereits 1968 wurde die Rücknahme der Reform des wirtschaftlichen Lenkungs- und Leitungsmechanismus eingeleitet.⁸⁴ Insgesamt gilt trotz der partiellen Liberalisierung auch für die 1960er Jahre, dass „die grundsätzlichen Aufgaben und die wesentlichen Verteilungsproportionen“⁸⁵ letztlich durch das SED-Politbüro bestimmt wurden. Abgesehen von Erich Apel, dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission,⁸⁶ fand eine

81 Meuschel, Legitimation, S. 152.

82 Darunter fasste Ludz beispielsweise eine „Verlagerung der leitenden Prinzipien vom Politischen zum Gesellschafts- und Wirtschaftspolitischen hin“, verbunden mit einer partiellen Dezentralisierung sowie einer Tendenz zur Verfälschung. Vgl. Ludz, Partielite, S. 324 f.

83 Etwa zeitgleich zur Einführung des NÖS endete endgültig der „bekenkende“ juristische Terror gegen Staatsfeinde. Vgl. Werkentin, Das Ausmaß politischer Strafjustiz, S. 71.

84 Vgl. André Steiner, Weder Plan noch Markt: Bilanz der DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. In: Boyer u. a. (Hg.), Repression und Wohlstandsversprechen, S. 29–36, hier 34.

85 Steiner, Weder Plan, S. 30.

86 Erich Apels Selbsttötung kann als symptomatisch für das Scheitern des NÖS angesehen werden. Apel war als Technokrat zum Kandidaten des Politbüros der SED aufgestiegen und federführend bei den ökonomischen Reformen. Er erschoss sich am Tag der Unterzeichnung eines Handelsvertrages mit der Sowjetunion, in dem gegen Apels

Kooptation von technokratischen Spezialisten in die Führungszirkel der SED selbst in der Reformphase nicht statt. Die „Gegenelite“ blieb eine temporäre Erscheinung.

Dies wird noch einmal unterstrichen, wenn man die Rolle der Abteilungsleiter im Zentralkomitee der SED betrachtet, deren Wirken zentrale Bedeutung für die Entscheidungen des Politbüros hatten, da die Abteilungen des ZK die Beschlüsse erarbeiteten, die vom Politbüro bestätigt wurden. Ihre zentrale Stellung machte sie zu den Hauptakteuren der Neuen Ökonomischen Politik; mit der Machtübernahme Honeckers erfolgte jedoch die „politische Entmachtung der institutionalisierten Gegenelite“: Die Fachleute zogen sich in ihre Zuständigkeitsbereiche zurück, „was einer Selbstaflösung dieser Teilelite als politisch relevanter Führungsgruppe“⁸⁷ gleichkam.

3. Kooptation als verpasste Chance der SED im Herbst 1989?

Man kann die Grundidee des von DDR-Bürgerrechtlern am 10. September 1989 verfassten Aufrufs „Aufbruch 89 – Neues Forum“ als Initiative zur Kooptation lesen. Das Neue Forum wollte „eine politische Plattform für die ganze DDR [sein], die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen.“⁸⁸ Die SED beantwortete den Aufruf mit Verhaftungen und Einschüchterung. Nachdem sich mit der Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989 in Leipzig die Friedliche Revolution Bahn gebrochen hatte, sah sich Erich Honecker zum Rücktritt veranlasst. Aber selbst in dieser Phase erwies sich die SED unwillig zur Kooptation machtferner Politiker. Nicht der vermeintliche „Hoffnungsträger“ Hans Modrow, sondern Egon Krenz übernahm alle drei Ämter von Honecker und machte deutlich, dass die von ihm proklamierte „Wende“ die führende Rolle der SED nicht antasten würde. Erst in den letzten Tagen vor dem Mauerfall ist es vereinzelt auf lokaler Ebene zu Kooptationen gekommen. Auch die Runden Tische können als Ansatz zur Kooptation angesehen werden, aber auch dieser scheiterte. Erst im Januar 1990 erkannte die Regierung Modrow die Runden Tische an, und das Einbeziehen von Oppositionspolitikern als Minister ohne Geschäftsbereich Ende Januar 1990 blieb eine kosmetische Maßnahme im Verfallsprozess der Diktatur.

Willen für die DDR ungünstigere Bedingungen festgelegt worden waren. Vgl. Monika Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker*, Berlin 1997, S. 117; Udo Grashoff, „In einem Anfall von Depression ...“ *Selbsttötungen in der DDR*, Berlin 2006, S. 114.

87 Rainer Weinert, *Die Wirtschaftsführer der SED: Die Abteilungsleiter im ZK im Spannungsfeld von politischer Loyalität und ökonomischer Rationalität*. In: Stefan Hornbostel (Hg.), *Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR*, Opladen 1999, S. 59–84, hier 67 f., 82.

88 Abgedruckt in Gerda Haufe/Karl Bruckmeier (Hg.), *Die Bürgerbewegung in der DDR und in den ostdeutschen Bundesländern*, Opladen 1993, S. 277 f.

IV. Fazit

Kommunismus war im Jahr 1945 nichts Neues, sondern eine bereits in der Weimarer Republik marginalisierte Bewegung, deren Anhänger oft ein niedriges Sozialprestige hatten. Erst der militärische Sieg der Sowjetunion verschaffte dem Kommunismus wieder Respekt, bedeutete aber zugleich, dass die deutschen Kommunisten stets als „kleine Brüder“ Moskaus galten. In diesem Spannungsfeld waren die verschiedenen Legitimierungsstrategien der SED Mittel der Diktaturdurchsetzung in der SBZ/DDR und besaßen gleichzeitig eine integrative Funktion. Diese basierte auf Mechanismen wie:

- Gewissensentlastung von ehemals nationalsozialistisch Gesinnten bei gleichzeitiger Bindung an die „antifaschistische“ DDR,
- nationaler Identitätsstiftung (in Abgrenzung zur Bundesrepublik),
- Ermöglichung politischer Tätigkeit von Nichtkommunisten in Blockparteien,
- Befriedigung der Konsum-Bedürfnisse der Bevölkerung.

Zugleich waren alle Legitimierungsstrategien Teil der asymmetrischen Beziehungsgeschichte der beiden deutschen Staaten. Sie zielten – von Antifaschismus über Scheinpluralismus, Wirtschaftsreformen bis hin zu den sozialpolitischen Maßnahmen und den zaghaften Ansätzen von Rechtsstaatlichkeit – stets auch auf die Bundesrepublik. Dies unterstreicht den Rechtfertigungsdruck, unter dem sich die SED permanent befand.

Eine außerordentlich schwierige Frage ist die des Ausmaßes von tatsächlichem Legitimitätsglauben, der durch die jeweiligen Strategien der SED gestiftet werden konnte. Näherungswerte hat eine Langzeitstudie des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und Infratest Kommunikationsforschung mittels eines komplexen Forschungsdesigns ermittelt. In den 1970er Jahren befürworteten demnach 25 Prozent der DDR-Bevölkerung das politische System, 25 Prozent beurteilten es negativ. Etwa die Hälfte der DDR-Bevölkerung stufte die Studie als indifferent bzw. angepasst ein. In den 1980er Jahren (bis 1988) lag der Anteil der Systemanhänger gemäß der Studie bei 20 Prozent, der Anteil der Systemgegner bei ca. 30 Prozent.⁸⁹ Die Schätzzahlen legen nahe, dass die Legitimierungsstrategien der SED nur begrenzte Tiefenwirkungen entfalten konnten. Selbst in den vermeintlich „goldenen“ 1970er Jahren lag der ermittelte Anteil der überzeugten Anhänger des Sozialismus stets unter 30 Prozent der DDR-Bevölkerung.

Damit ist anzunehmen, dass die kommunistische Utopie in der ganzen Zeit des Bestehens der DDR nur bei einer Minderheit Legitimitätsglauben stiften konnte. Zusätzlich bezog die SED, insbesondere in der Ära Ulbricht, Legitimität

89 Vgl. Anne Köhler, Marschierte der DDR-Bürger mit? Systemidentifikation der DDR-Bevölkerung vor und nach der Wende. In: Uta Gerhardt/Ekkehard Mochmann (Hg.), Gesellschaftlicher Umbruch 1945–1990. Re-Demokratisierung und Lebensverhältnisse, München 1992, S. 59–79.

aus der Selbstbeschreibung als antifaschistischer Staat. Die in der SBZ zunächst etablierten Elemente einer parlamentarischen Demokratie hingegen wurden nach kurzer Zeit ausgehöhlt und mündeten in die durch ein Mehrparteiensystem verschleierte Herrschaft eines engen kommunistischen Führungszirkels. In der Regierungszeit Honeckers schließlich vermochte die (letztlich die ökonomische Leistung des Systems untergrabende) Strategie der Gewährung sozialer Sicherheit länger als in anderen sozialistischen Staaten Legitimität zu stiften.

Aber stets war Repression, ab 1961 zusätzlich in Form der erzwungenen Immobilisierung durch den Mauerbau, eine notwendige Existenzbedingung der DDR. Die Geschichte der Unterdrückung von Staatsfeinden basierte zum Teil darauf, dass die SED-Diktatur durch die Stigmatisierung von Privatunternehmen zu objektiven Feinden, durch die Missachtung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, durch die Verweigerung des Wunsches, das Land zu verlassen etc. erst jene politischen Delikte erzeugte, die dann verfolgt wurden.

Überblickt man die Entwicklung von Repression in der DDR, kann man von einer stufenweisen Milderung sprechen, wobei diese diskontinuierlich verlief. Während es beispielsweise in den Jahren 1956, 1963 und 1971 zu entscheidenden Lockerungen kam, sind in den Jahren 1960, 1965 und 1976ff. erneute Verschärfungen der Repression zu konstatieren. Jede Liberalisierung brachte zugleich irreversible Veränderungen mit sich. So spielte offener Justiz-Terror ab 1963 keine Rolle mehr. Die bereits in den 1960er Jahren nur noch selten angewendete Todesstrafe wurde in der Amtszeit Honeckers lediglich beibehalten zur Abschreckung von „Verrätern“ des MfS. Sie wurde letztmalig 1981 praktiziert und 1987 formell abgeschafft.⁹⁰

Die Gesamtzahl politisch Verfolgter in der SBZ/DDR lag bei einer Bevölkerungszahl von ca. 17 Millionen zwischen 180 000 und 250 000. In den ersten beiden Jahrzehnten der Diktatur waren mehr Menschen betroffen; demgegenüber wird die Zahl der durch politische Strafjustiz Verurteilten in der Honecker-Ära (1971–1989) auf maximal 62 000 geschätzt.⁹¹ Hier muss zumindest teilweise auch eine Entwicklung des jeweiligen Gegenübers berücksichtigt werden: Einem auf die Beseitigung der SED-Herrschaft zielenden Widerstand in den 1950er Jahren wurde mit härteren Mitteln begegnet als der Ausreisebewegung oder einer auf Reformen des Sozialismus abzielenden Opposition in den 1980er Jahren.

Neben Legitimation und Repression zielte auch Kooptation auf den Erhalt der Herrschaft der SED-Führungsschicht. Generell unterlag die Rekrutierung der sozialistischen Dienstklassen in der DDR stets dem Kriterium der Loyalität

90 Vgl. Falco Werkentin, Die politische Instrumentalisierung der Todesstrafe in der SBZ/DDR. Darstellung der justiziellen Praxis in der SBZ/DDR und Bilanz der Rehabilitation von Verurteilten und deren Angehörigen nach 1990. In: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur“, Baden-Baden 1999, S. 101–192.

91 Vgl. Raschka, Justizpolitik, S. 308.

(signalisiert durch SED-Mitgliedschaft). Die vorübergehende stärkere Einbeziehung von Technokraten in ökonomische Entscheidungsprozesse der DDR ab 1963 blieb Episode und hatte keine nachhaltige Wirkung.

Lediglich in der SBZ und frühen DDR diente Kooptation nichtkommunistischer Politiker als Mittel zum Herrschaftsaufbau durch die SED und lebte als Farce im Scheinparlamentarismus der DDR fort, wobei die Fortexistenz von Blockparteien auf lokaler Ebene zur Legitimation der SED-Herrschaft durch politische Betätigung von Nichtkommunisten beitrug. Die Einbindung „bürgerlicher“ Eliten war eine Notlösung und wurde in den 1950er Jahren zum Auslaufmodell, verstärkte Repression führte zur Verdrängung nichtkommunistischer Rest-Eliten.